

REGION

Noch kein Grund zur Sorge

Trotz Steuergeschenken an die Bündner

Wirtschaft: Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner rechnet nicht mit Sparprogrammen und Steuererhöhungen für Private – vorläufig. SEITE 3

A hand in a red jacket is shown inserting a document into a dark-colored mailbox. The mailbox has a white label that reads "Steuererklärungen". The background is a bright, out-of-focus office or public space with windows and other mailboxes.

Steuererklärungen

«Ausschliessen kann man in der Politik nie etwas»

Die angekündigte Steuersenkung für Bündner Unternehmen soll durch Budgetdisziplin aufgefangen werden. Eine Steuererhöhung für Privatpersonen ist in diesem Zusammenhang nicht geplant, wie die Bündner Finanzministerin Barbara Janom Steiner versichert.

mit Barbara Janom Steiner sprach Stefan Bisculm

Es sind hektische Tage für Barbara Janom Steiner. Am Donnerstagmorgen stellte die BDP-Regierungsrätin den Medien ihre Pläne für eine Steuersenkung für Unternehmen vor (Ausgabe von gestern). Am gleichen Tag kämpfte sie am Abend in Zernez an der Delegiertenversammlung ihrer Partei erfolgreich für ein Nein zur Atomausstiegsinitiative. Und gestern in der Früh reiste sie weiter zu einer Bankratssitzung der Schweizerischen Nationalbank nach Bern. Die kurze Sitzungspause dort hat sie genutzt, um der «Südostschweiz» Fragen zu den Hintergründen der angekündigten Steuersenkung zu beantworten.

Frau Janom Steiner, Sie prognostizieren für den Kanton Graubünden im nächsten Jahr ein Defizit von 20 Millionen Franken. Können wir uns da eine Steuersenkung für Unternehmen überhaupt leisten?

BARBARA JANOM STEINER: Wir können und müssen uns diese Steuerfussreduktion leisten, zumal sie sehr moderat ist und auch dem neuen Regierungsprogramm 2017–2020 und den Anträgen des Grossen Rates entspricht. Der erste Leitsatz heisst nämlich, dass der Wirtschaftsstandort Graubünden weiterzuentwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sei. Die Regierung betreibt eine aktive Finanz- und Steuerpolitik zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zur Sicherung der Erträge. Deshalb haben wir im aktuell schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und angesichts der soliden Finanzlage des Kantons diese moderate Reduktion des Steuerfusses vorgeschlagen.

Noch vor einem Jahr sagten Sie im Interview, dass Steuererleichterungen im aktuellen Umfeld absolut kein Thema seien. Was hat sich geändert?

Wir haben wie erwähnt ein neues Regierungsprogramm mit neuen Vorgaben. Geändert haben sich auch die Finanzplanzahlen für 2017 bis 2019. Man sieht eine gewisse Verbesserung. Es gibt einen Silberstreifen am Horizont, was die mittelfristigen finanziellen Prognosen angeht. Im Besonderen hat sich auch der interkantonale Druck auf Steuersenkungen bei den juristischen Personen wesentlich erhöht.

Wie will der Kanton die Steuerausfälle denn kompensieren?

Vorläufig müssen wir diese Steuerausfälle gar nicht kompensieren. Wir haben eine sehr gute Eigenkapitalbasis. Wir haben ein Defizit von 20,1 Millionen auf ein Gesamtbudget von 2,4 Milliarden Franken. Das ist ein sehr kleines Defizit, da müssen wir nicht kompensieren. Das Budget für das laufende Jahr 2016 weist im Vergleich dazu noch ein Defizit von über 50 Millionen aus.

2020 ist gemäss Finanzplan aber bereits ein Defizit von knapp 100 Millionen Franken prognostiziert. Spätestens dann wird es ohne

harte Sparmassnahmen nicht mehr gehen.

Es ist so, dass ab 2020 die Planung mit vielen Unsicherheiten behaftet ist. Änderungen beim nationalen Finanzausgleich könnten sich zuungunsten der Nehmerkantone auswirken. Bei den Wasserzinsen wird es ab 2020 ein anderes Regime geben. Ausserdem sehen wir noch nicht klar, wie sich die Steuererträge aufgrund der Zweitwohnungsinitiative entwickeln werden. Wir rechnen also ab 2020 damit, dass das zulässige Defizit von 50 Millionen Franken deutlich überschritten wird. Zum jetzigen Zeitpunkt sieht es so aus, als müssten wir dann zu konkreten Sparmassnahmen greifen. Doch in welchem Umfang und in welchem Bereich dies passieren wird, lässt sich heute noch nicht bestimmen.

«KMU ohne Gewinnsteuern fahren heute bereits steuerlich sehr gut.»

Steht auch eine Steuererhöhung für natürliche Personen im Raum?

Die Regierung hat bereits dargelegt, wie sie die Finanzen im Lot behalten will. Priorität hat die Budgetdisziplin. Reicht dies nicht aus, sind in einer zweiten Phase Entlastungsmassnahmen und ein Sparpaket vorgesehen. Erst in einer dritten Phase wären Leistungsabbau, Kürzungen und Steuererhöhungen ein Thema. Der Grosse Rat hat aber bereits signalisiert, dass er für Steuererhöhungen nicht Hand bieten würde. Deshalb gehe ich nicht davon aus, dass Steuererhöhungen eine Option sind.

Können Sie denn ausschliessen, dass wir heute die Steuern für grosse Unternehmen senken und in vier Jahren die Steuern für Normalverdiener erhöhen?

Ausschliessen kann man in der Politik nie etwas. Man muss die Entwicklungen abwarten. Was wir heute aber sagen können, ist, dass nicht geplant ist, die moderaten Steuersenkungen bei den Unternehmen über Steuererhöhungen bei den natürlichen Personen zu kompensieren.

Wer profitiert in erster Linie von einer Senkung der Gewinnsteuer?

Ich würde meinen, der ganze Kanton. Na-

«Wenn es der Wirtschaft gut geht, profitieren alle davon.»

türlich ist es in erster Linie im Interesse der Wirtschaft, doch ein starker Wirtschaftsstandort ist im Interesse des Kantons, der Gemeinden und jedes einzelnen Bürgers. Wenn es der Wirtschaft gut geht, profitieren alle davon.

Die Hauptprofiteure dieser Steuersenkung sind doch aber jene Unternehmen, welche die grössten Gewinne machen?

Grundsätzlich sind es alle juristischen Personen. Es gibt ja den Vorwurf, dass von dieser Steuersenkung wieder nur die Wirtschaft und die grossen Unternehmen profitierten und die natürlichen Personen einmal mehr leer ausgingen. Da möchte ich einfach darauf hinweisen, dass bei der Steuerbelastung von natürlichen Personen Graubünden im interkantonalen Vergleich an fünfter Stelle steht. Wir haben also ein sehr attraktives steuerliches Umfeld für natürliche Personen in Graubünden. Bei den juristischen Personen sind wir knapp im Mittelfeld, hier gibt es noch Optimierungspotenzial. Wie weit dies finanzierbar ist, das ist dann wirklich eine andere Frage.

In Graubünden gibt es viele kleinere KMU, die praktisch keine Gewinnsteuer bezahlen. Auch sie bleiben bei der vorgeschlagenen Steuersenkung aussen vor.

Wir schlagen eine Senkung des Steuerfusses für die juristischen Personen vor, davon können nicht alle profitieren, das ist uns bewusst. Und KMU ohne Gewinnsteuern fahren heute bereits steuerlich sehr gut. Für sie besteht kein weiterer Handlungsbedarf.

Die jetzt beantragte Steuersenkung ist ein erster Schritt

zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III. Warum macht Graubünden bei diesem Steuerwettbewerb überhaupt mit?

Ich möchte vorausschicken, dass die Steuerfussreduktion, die wir im Dezember im Grossen Rat beantragen, nicht vom Ausgang der Abstimmung vom 12. Februar 2017 zu USR III abhängt. Das ist eine Massnahme, die den übergeordneten politischen Vorgaben folgt, die Regierung betreibt eine aktive Finanz- und Steuerpolitik. Wir sind zudem keine Insel und können uns dem erhöhten Steuerdruck nicht einfach entziehen.

Angekündigt ist aber bereits in einem zweiten Schritt eine Reduktion der Gewinnsteuer auf höchstens 15 Prozent.

Das ist richtig. Wir gehen davon aus, dass die USR III am 12. Februar angenommen wird. Was ich auch befürworten würde. Die Unternehmensbesteuerung in den Kantonen wird sich unter dem Einfluss des Steuerwettbewerbs verändern. Viele Kantone haben ja bereits angekündigt, wie stark sie ihre Gewinnsteuerbelastung anpassen wollen.

Die Abstimmung über die USR III ist erst im Februar. Warum hat die Regierung diese Abstimmung nicht abgewartet und will die Gewinnsteuer bereits im Dezember in einem ersten Schritt senken?

Wir senken nicht die Gewinnsteuer in einem ersten Schritt, sondern machen eine Anpassung des Steuerfusses, das ist in der Kompetenz des Grossen Rates. Aus der Reduktion des Steuerfusses ergibt sich natürlich auch eine Reduktion der Gewinnsteuer. Das heisst, dass bei einer allfälligen Umsetzung der USR III der Reduktionsbedarf etwas kleiner ausfällt.

Warum prescht die Regierung vor?

Das ist kein Vorpreschen. Es ist eine Umsetzung des Regierungsprogramms, das den Wirtschaftsstandort Graubünden mit einer aktiven Finanz- und Steuerpolitik stärken will. Selbst bei einem Nein im Februar wollen wir an dieser Steuerfussreduktion festhalten.

